

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 13 (1921)

**Heft:** 12

**Rubrik:** Notizen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den die Länder in vier Gruppen eingeteilt. Die der ersten Gruppe angehörenden Länder erhielten 16 Stimmen, die der zweiten Gruppe 12 Stimmen, die der dritten Gruppe 8 Stimmen und die der vierten Gruppe 4 Stimmen. Die Schweiz wurde der dritten Gruppe zugeteilt.

Zur Behandlung stand folgende Tagesordnung: Bericht des Internationalen Gewerkschaftsrates (Berichterstatter Rosmer); die Weltwirtschaftskrise und die taktischen Aufgaben der Gewerkschaftsverbände (Referenten Vanga und Losowsky); die Gewerkschaftsverbände, die rote Gewerkschaftsinternationale und die Kommunistische Internationale (Referenten Sinowiew und Rosmer); die Gewerkschaftsverbände und die Fabrikkomitees (Referent Heckert); die Gewerkschaftsverbände und die Arbeiterkontrolle in den Fabriken (Referent Zyperowitsch); die Arbeitslosenfürsorge (Referent Bell) und die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Losowsky hielt die Begrüßungsrede. Die raschen Fortschritte in den 11 Monaten des Bestehens der roten Gewerkschaftsinternationale seien der Beweis für die Lebensfähigkeit der Ideen, die ihr zugrunde liegen. Der Kongress habe eine welthistorische Bedeutung, da er am Wendepunkt zweier Epochen stattfinde. «Schon jetzt, da wir organisiert gegen die Amsterdamer Internationale auftreten, sehen wir die kolossalen Schwierigkeiten, denen wir auf unserm Wege begegnen und noch begegnen werden. — Die ungleiche Lage: einerseits die einige Front der Bourgeoisie, andererseits aber die *nicht* einheitlich organisierte Arbeiterklasse — das ist die Kraft der Bourgeoisie und die Schwäche des Proletariats! (Und darum der Kampf gegen die Amsterdamer Internationale!) Losowsky schloss, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, dass die Zeit nicht mehr fern sei, in der die soziale Revolution die wankenden Fundamente der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung hinwegfegen werde. Namens des Weltkongresses der III. Internationale sprach *Koenen*-Deutschland, für die Englisch sprechenden Länder *Tom Mann*-England, für die Französisch sprechenden *Siralle*-Frankreich, für die russischen Gewerkschaftsverbände *Rykwow*, und für die Deutsch sprechenden Länder *Hansding*-Deutschland.

Der Franzose *Rosmer* erstattete Bericht über die Tätigkeit des provisorischen Rates der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Er orientierte in eingehender Weise über Entwicklung und Stand der Moskauer Organisation. Seiner Ansicht nach ist die wichtigste Frage die der Taktik. Die auf Rosmers Bericht folgende Diskussion liess es an kritischen Auseinandersetzungen nicht fehlen; während die deutschen Unionisten den Austritt aus den alten Gewerkschaften als das einzig Richtige hinstellten, vertraten Losowsky u. a. den gegenteiligen Standpunkt.

Nach Schluss der Debatte ergriff Losowsky das Wort zu einem Referat über «Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften», in welchem er die 57 Leitsätze erläuterte, die er zu dieser Frage ausgearbeitet hatte. Er sprach über die verschiedenen Typen der Gewerkschaften, deren er drei unterscheidet: den anglo-sächsischen, charakterisiert durch die antisozialistische Tendenz; den französisch-spanischen Typus, charakterisiert durch einen ehrlichen Klassenkampfgeist und durch die Todfeindschaft gegen Staat und Parlamentarismus, und schliesslich den deutsch-österreichischen Typus, Gewerkschaften, die sich unter dem Einfluss der Sozialdemokratie gebildet hätten und deshalb der Ideologie des reinsten sozialdemokratischen Reformismus zum Opfer gefallen seien.

Losowsky schlug die Annahme einer besonderen These über Methoden und Kampfweise vor, aus der hervorgehen müsse, dass man die soziale Revolution nicht für einen Tag arrangieren könne, sondern dass eine den Endsieg vorbereitende Arbeit durchgeführt werden müsse.

Auf die Auseinandersetzungen in den verschiedenen Kommissionen kann hier nicht eingetreten werden. Jedenfalls waren sie sehr lebhaft und gestatten alle Zweifel über die holde Eintracht der Moskauer Brüder. Besonders die deutschen Unionisten hielten zäh an ihrem Evangelium von der Unbrauchbarkeit der alten Gewerkschaften fest. Indessen leisteten sie der strikten Forderung, ihren Glauben zu wechseln oder als Ketzler behandelt zu werden, resigniert Folge.

An den weiteren Verhandlungen referierten Rosmer (Frankreich) und Tom Mann (England) über die Beziehungen der Roten Gewerkschaftsinternationale zur Kommunistischen Internationale. Mit 282 gegen 35 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die festlegt, dass eine möglichst enge Verbindung mit der Dritten kommunistischen Internationale angestrebt werden müsse unter der Bedingung der gegenseitigen Vertretung in den Vollzugsorganen. Dieses Band müsse einen organischen und geschäftlichen Charakter tragen und sich in der gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung der revolutionären Aktionen sowohl im nationalen als auch im internationalen Massstabe offenbaren.

Zyperowitsch berichtete über die Produktionskontrolle. Aus seinen Ausführungen ergaben sich folgende Schlussfolgerungen: Die Arbeiterkontrolle ist eine notwendige und äusserst wichtige Schule für die proletarischen Massen bei ihrer Vorbereitung zur sozialen Revolution. Sie müsse in allen kapitalistischen Ländern als eine der Kampflosungen in der Gewerkschaftsbewegung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Arbeiterkontrolle müsse im *weitesten Masse zur Umgestaltung der alten Gewerkschaften in Kampforganisationen der Arbeiterklasse ausgenützt werden*. Sie sei auch ein Mittel zur schnellsten Umgestaltung der Gewerkschaften nach dem Produktionsmerkmal anstatt des Berufsmerkmals, das bereits veraltet und daher schädlich für die revolutionäre Arbeiterbewegung sei. Die Arbeiterkontrolle ist mit den Nationalisierungsvorschlägen der Bourgeoisie unvereinbar, sondern will der Diktatur der Bourgeoisie eine Diktatur des Proletariats entgegenstellen.

Der Kongress nahm hierauf einen nach Beratungen mit den verschiedensten Ländergruppen erstellten Statutenentwurf an, von dem wohl einzig der Punkt «Abbruch aller Beziehungen zur gelben Amsterdamer Internationale» eine praktische Bedeutung hat.



## Notizen.

*Ein Urteil über die «Rote Gewerkschaftsinternationale».* Die in England erscheinende «Monthly Review» (Monatliche Rundschau), unter deren Mitarbeitern sich auch zahlreiche Kommunisten befinden, veröffentlicht einen Artikel über die «Rote Gewerkschaftsinternationale», in dem folgendes zu lesen steht:

«Für die Arbeiterwelt im allgemeinen war das Hauptereignis Moskaus nicht der Kommunistenkongress, sondern die Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale. Das Projekt, das jetzt zur Ausführung gelangt sei, war schon lange ins Auge gefasst; es scheine jedoch, dass die auf dem Kongress anwesenden Delegierten nicht mit viel mehr Recht als autorisierte Wortführer ihrer Länder auftreten könnten als diejenigen auf dem Eröffnungskongress der Dritten Internationale vor zweieinhalb Jahren. In der Mehrheit der Fälle seien es Vertreter von Minderheiten gewesen, deren Organisation nach Art und Stärke sehr verschieden sei. Jedenfalls seien die auf dem Kongress zusammengestellten Mitgliederzahlen verfrüht. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, die amerikanische I. W., die Syndikalisten, die Arbeiterkomitees, den

italienischen Arbeitsbund und die kommunistischen Gewerkschaften Russlands, in einen Pferech zu zwingen.»

Welcher Art die Delegierten auf dem Moskauer Kongress waren, geht auch aus einem in der «Freiheit» vom 12. August abgedruckten Bericht hervor, in dem es heisst:

«Bekanntlich sei die berühmte Erklärung der roten Gewerkschaftsinternationale von den «spanischen Delegierten» Nino und Maurin unterzeichnet worden. Die beiden vertraten aber durchaus nicht die Gesamtheit der Gewerkschaften, ja sie vertraten nicht einmal eine als *oppositionelle Minderheit bemerkenswerte Gruppe*. Sie hatten kein reguläres Mandat erhalten, und daher war das Erstaunen gross, als man in Gewerkschaftskreisen erfuhr, dass die beiden eine Erklärung unterzeichnet hatten, wonach sich die Gewerkschaftsbewegung Spaniens der kommunistischen Partei unterordne.»

Aehnlich verhält sich's mit dem holländischen Delegierten, einem gewissen Herrn Jansen, dessen Existenz in den Gewerkschaften Hollands gänzlich unbekannt ist und über dessen Persönlichkeit nicht einmal die «holländischen Esel» (Radeks Bezeichnung für die holländischen Kommunisten) auf ihrem Kongress Näheres in Erfahrung bringen konnten.



## Ausland.

**Deutschland.** Die Rechtsberatungseinrichtungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1920. Das «Korrespondenzblatt» des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht die Ergebnisse einer Statistik über Rechtsberatungsstellen, denen wir die folgenden Angaben entnehmen:

Von den 150 Arbeitersekretariaten sind 143 an der Statistik beteiligt; über die Kassenverhältnisse haben nur 123 berichtet. Diese verzeichneten eine Gesamteinnahme von 4,120,512 Mk., der eine Gesamtausgabe von 3,963,158 Mk. gegenübersteht. Die Einnahmensumme setzt sich aus folgenden Posten zusammen: 3,181,765 Mark aus den Kassen der Ortsausschüsse und 460,747 Mark durch direkte Beitragsleistungen für die Sekretariate. Die Zuschüsse von Körperschaften betragen 292,616 Mk., davon aus Gemeinde- und Staatsmitteln 188,929 Mk.

Von den berichtenden Sekretariaten erteilten 94 Auskunft an alle Auskunftsuchenden, 49 nur an die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und die Angehörigen dieser Mitglieder. Gebühren verlangen wenige Sekretariate; 8 für Auskunfterteilung, 20 für Schriftsätze und 12 für Vertretung vor Gerichten; Ersatz für Porto und sonstige Auslagen fordern 112 Sekretariate; alle diese Gebühren werden meistens besonders Hilfsbedürftigen erlassen.

Insgesamt wurden die Sekretariate im Berichtsjahr von 674,192 Personen in Anspruch genommen. 76,1 % der gesamten Auskunftsuchenden waren gewerkschaftlich organisiert.

Auskünfte wurden total 717,963 (1919: 693,096) erteilt; es entfallen somit durchschnittlich auf jedes Sekretariat 5021. Von den Auskünften betrafen 115,963 die Arbeiterversicherung, 122,422 den Arbeits- und Dienstvertrag, 242,615 das bürgerliche Recht, 113,032 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 24,756 die Militärversorgung, 45,497 das Strafrecht, 2647 das Vereins- und Versammlungsrecht, 14,167 die Arbeiterbewegung, 4797 die Privatversicherung, 4840 Handels- und Gewerbesachen und 39,772 sonstige Angelegenheiten. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze belief sich auf 186,775 (im Vorjahr 169,599).

Ueber persönliche Vertretungen vor Aemtern und Gerichten liegen Angaben vor von 129 Sekretariaten, die zusammen in 10,376 Fällen Vertretungen ausübten. Ueber den Ausgang der Rechtsfälle wird von 99 Sekretariaten berichtet. Von den von ihnen vertretenen 58,500 Rechtsfällen waren 44,981 erfolgreich, 13,519 ohne Erfolg.

*Der Kampf gegen die sozialen Baubetriebe.* Einen Aufruf, der für sich spricht, veröffentlichen deutsche Bauunternehmer. Er lautet:

«Eine besondere Art von Sozialisierungsversuchen oder sozialistischen Produktivgenossenschaften hat sich in den letzten 2½ Jahren im Baugewerbe entwickelt. Von Bauarbeitern und Angestellten werden meist in genossenschaftlicher Form Betriebe gegründet, die sich «soziale Baugesellschaft» oder «Bauhütte» oder «Produktivbaugenossenschaft» oder ähnlich nennen und mit den privaten Bauunternehmern in lebhaften Wettbewerb treten. Unter Führung eines früheren Schöneberger Stadtbaurates haben sie kürzlich einen «Verband sozialer Baubetriebe» gegründet. Ihre Zahl ist auf etwa 160 gestiegen. Vielfach erfreuen sich diese sozialistischen Genossenschaften der Gunst der Gemeindeverwaltungen und anderer Behörden. Um so mehr muss Wert darauf gelegt werden, dass die Industrie bei ihren Bauaufträgen sich bewusst ist, dass derartige genossenschaftliche Gründungen eigentlich zur Verdrängung des Bauunternehmers ins Leben gerufen sind.

Das deutsche Baugewerbe, ein wichtiger Teil des deutschen Wirtschaftslebens, der in den letzten Jahren überaus schwere Zeiten durchgemacht hat, fühlt sich durch die allenthalben gegründeten «sozialen Baubetriebe» um so mehr bedroht, als vielfach aus Unkenntnis von industriellen Werken ebenso wie von landwirtschaftlichen Betrieben und Gemeindeverwaltungen Bauaufträge an die sozialen Bauhütten vergeben werden.

Zur Abwehr auch dieser Sozialisierungsbestrebungen und aus Gründen der Solidarität des Unternehmertums werden alle Verbände und Firmen aufgefordert, ihre Bauaufträge an Bauunternehmer und nicht an sozialistische Produktivgenossenschaften zu geben. Wir bitten, diesem Aufruf durch Abdruck in der Fachpresse, in den «Geschäftlichen Mitteilungen» der Verbände und auch sonst durch Rundschreiben möglichst grosse Wirkung zu geben. Bei Bauofferten zweifelhafter Herkunft ist die Geschäftsführung des Reichsverbandes zur Auskunft bereit, ob es sich um einen «sozialen Betrieb» handelt.»

Wir erfüllen also einen Wunsch der Unternehmer auf «weiteste Verbreitung», wenn wir den Aufruf ebenfalls abdrucken. Aus ihm geht hervor, dass die sozialen Baubetriebe in Deutschland, die eine Variante zu den Berufsgilden in England sind, den privaten Unternehmern heute schon ganz empfindlich auf den Leib rücken. Sie, die sich bescheiden «ein wichtiger Teil des deutschen Wirtschaftslebens» nennen, erkennen mit Schrecken, dass es ganz gut auch ohne sie geht, dass sie als «Unternehmer» eigentlich überflüssig sind. In ihrer Not appellieren sie an die Unternehmersolidarität und wollen die Gewerbefreiheit, der sie einst selbsts gerufen, nur noch für ihre Klasse gelten lassen.

**Luxemburg.** In der Arbeiterstadt *Esch* fand am 29. und 30. Oktober der vierte luxemburgische Gewerkschaftskongress statt. Die zur Tagung erschienenen Delegierten vertraten insgesamt 21,706 Gewerkschafter. (Das ganze Land zählt zirka 35,000 Arbeiter und Angestellte.)

Nach der Begrüssung der Delegierten durch den Vorsitzenden der luxemburgischen Gewerkschaftskom-